

## **Pressemitteilung Bündnis Solidarische Stadt Hamburg**

Gestern mussten wir im Hamburg-Journal eine unerhörte Attacke auf die Bewegung für Solidarität mit Menschen auf der Flucht durch einen hohen Beamten der Freien und Hansestadt Hamburg auf dem Fernsehschirm ertragen.

Für den Hamburger Verfassungsschutz-Chef, Lothar Voß, ist es eine „Entgrenzung“, wenn tausende Hamburger\*innen mit der Seebrücke und der Gruppe Lampedusa-in-Hamburg gemeinsam für einen solidarischen Umgang mit flüchtenden und vertriebenen Menschen demonstrieren. Er diffamiert die Seebrücke, und damit einen Teil des demokratischen Bündnisses *Solidarische Stadt Hamburg* als „linksextremistisch beeinflusst“.

Als Beispiel für Entgrenzung nannte er das gemeinsame Engagement von Seebrücke und anderen solidarischen Kräften in einem Atemzug mit Demonstrationen von Corona-Leugner\*innen an der Seite von Reichsbürger\*innen und anderen Faschist\*innen. Durch diese ungeheuerliche Gleichsetzung zivilgesellschaftlicher Solidarität mit rechtsextremistischen Umtrieben bietet Voß selbst ein Beispiel geistiger Brandstiftung.

Harald Möller-Santner vom SoliStadt-Bündnis sagt dazu: „Der Chef des Hamburger Verfassungsschutzes steht mit solchen Äußerungen in der unseligen Tradition von links und rechts, in diesem Fall von Antirassismus und Rassismus. Er selbst betreibt Entgrenzung: Entgrenzung des Faschismus. Und das ein halbes Jahr nach dem rassistischen Anschlag in Hanau und nach den Erfahrungen mit NSU und NSU 2.0. Wenn man unsere Verfassung schützen möchte, dann vor Personen wie ihm, aber nicht vor den Unterstützer\*innen der Geflüchteten.“

„Andererseits muss man ihm als Stichwortgeber dankbar sein,“ sagt Möller-Santner weiter: „Wir wollen tatsächlich eine Entgrenzung, eine Entgrenzung zwischen Solidarität und Regierungspraxis. Das hieße, statt 1% der nach dem Brand von Moria in unbeschreiblicher Not befindlichen Menschen in Deutschland aufzunehmen, allen 12.500 Menschen eine Zuflucht zu bieten. Wir sind für Solidarität ohne Grenzen, und dafür gehen wir Samstag, den 12.9.20, um 14 Uhr zur Kundgebung auf den Rathausmarkt ungeachtet der Diffamierung und Kriminalisierungsversuche durch Herrn Voß.“

Rückfragen an:

Harald Möller-Santner 0172-6111033

--

Koordinierungsgruppe

Bündnis Solidarische Stadt Hamburg

<https://solistadt.hamburg/>

<https://www.facebook.com/solistadthamburg/>

<https://www.facebook.com/groups/859299027773893/>